



Kaum eine Zahl hat die französische Debatte über Ungleichheit in den vergangenen Jahren stärker geprägt als jene «42 Prozent». Sie steht für die Behauptung, dass die 500 reichsten Franzosen heute ein Vermögen besitzen, das 42 Prozent des französischen Bruttoinlandprodukts entspricht. Die Zahl wirkt monumental – beinahe obszön. Sie evoziert ein Land, dessen wirtschaftliche Substanz zunehmend in den Händen einiger weniger Familien und Konzerne konzentriert ist. Kein Wunder, dass Ökonomen wie Gabriel Zucman oder Politiker der linken Opposition sie mit Vorliebe zitieren.

Und doch liegt die eigentliche Bedeutung dieser Zahl weniger in ihrer mathematischen Präzision als in ihrer politischen Wirkungskraft.

Denn streng genommen ist die Aussage korrekt. Die kumulierten Vermögen der 500 reichsten französischen Familien – angeführt von Dynastien wie Arnault, Bettencourt-Meyers oder Hermès – belaufen sich gegenwärtig auf rund 1.100 bis 1.200 Milliarden Euro. Das französische Bruttoinlandprodukt wiederum beträgt jährlich knapp 2.900 Milliarden Euro. Das Verhältnis ergibt rechnerisch tatsächlich ungefähr 42 Prozent.

Der Irrtum beginnt dort, wo aus dieser Relation eine ökonomische Vergleichbarkeit abgeleitet wird.

## Ein methodischer Kurzschluss

Das Problem liegt in der Natur der verglichenen Größen. Vermögen ist ein Bestand, das BIP ein Strom. Das eine misst akkumulierte Werte über Jahrzehnte hinweg, das andere die innerhalb eines Jahres produzierte Wirtschaftsleistung.

Wer beides unmittelbar gegenüberstellt, vergleicht letztlich den Gesamtwert eines Sparkontos mit einem Jahresgehalt. Die Zahlen mögen formal kompatibel erscheinen, analytisch sind sie es nicht.

Gerade in Frankreich, wo ökonomische Debatten traditionell stark moralisch aufgeladen sind, entfalten solche Kennziffern jedoch eine besondere Wirkung. Sie suggerieren nicht bloss Konzentration von Wohlstand, sondern beinahe eine Art Besitznahme der Volkswirtschaft durch wenige Akteure.

Libérale Ökonomen und wirtschaftsnahe Institute kritisieren deshalb seit Jahren die methodische Konstruktion hinter dieser Darstellung. Sie argumentieren, sinnvoller wäre ein



Vergleich des Vermögens der Superreichen mit dem Gesamtvermögen aller französischen Haushalte. In dieser Perspektive relativiert sich die Zahl erheblich: Die rund 1.200 Milliarden Euro entsprechen dann eher etwa sechs Prozent des gesamten privaten Nettovermögens Frankreichs, das auf über 20.000 Milliarden Euro geschätzt wird.

Damit verschwindet die soziale Ungleichheit keineswegs. Aber ihre Dimension erscheint weniger apokalyptisch als es die Formel «42 Prozent des BIP» nahelegt.

## Die eigentliche Geschichte: der historische Vermögensschub

Gleichwohl wäre es ein Fehler, die Debatte als rein statistische Irreführung abzutun. Denn hinter der zugespitzten Formel verbirgt sich eine reale und tiefgreifende Entwicklung: der spektakuläre Aufstieg sehr grosser Vermögen seit den 1990er Jahren.

Damals entsprach das Vermögen der 500 reichsten Franzosen lediglich rund fünf bis sechs Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Heute liegt der Anteil um ein Vielfaches höher. Dieser Wandel markiert nicht bloss eine normale Vermögensakkumulation, sondern eine strukturelle Transformation des globalen Kapitalismus.

Frankreich ist dafür ein besonders aufschlussreiches Beispiel. Kaum ein anderes europäisches Land hat derart stark von der Explosion globaler Luxusmärkte profitiert. Konzerne wie LVMH, Hermès oder L'Oréal wurden zu weltumspannenden Markenimperien. Ihr Börsenwert vervielfachte sich im Zuge der Globalisierung, des Aufstiegs asiatischer Konsumenten und der expansiven Geldpolitik der Zentralbanken.

Damit stiegen zwangsläufig auch die Vermögen ihrer Haupteigentümer.

Die Konzentration des Reichtums ist daher weniger Ausdruck eines spezifisch französischen Problems als Teil eines globalen Trends: Kapitalrenditen, insbesondere bei börsennotierten Unternehmen, entwickelten sich über lange Zeit deutlich dynamischer als Löhne oder allgemeines Wirtschaftswachstum.

Thomas Piketty hat diesen Mechanismus bereits vor Jahren beschrieben. Gabriel Zucman radikalisiert ihn politisch, indem er daraus Forderungen nach globalen Vermögenssteuern ableitet. Ihre Gegner wiederum werfen ihnen vor, statistische Effekte rhetorisch zu überhöhen und damit Ressentiments gegenüber Unternehmern zu fördern.



## Die Illusion des «greifbaren» Reichtums

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der in populären Debatten häufig untergeht: Der grösste Teil dieser Milliarden existiert nicht als liquide Geldmenge. Es handelt sich überwiegend um Unternehmensanteile, deren Wert täglich schwankt.

Wenn die Aktie von LVMH innerhalb weniger Wochen zehn Prozent verliert, schrumpft das Vermögen von Bernard Arnault rechnerisch um mehrere Milliarden Euro – ohne dass physisch Geld verschwindet. Umgekehrt entstehen bei Börsenrallyes immense Vermögenszuwächse, die oft rein bilanzieller Natur bleiben.

Diese «Papiervermögen» sind dennoch politisch relevant. Denn sie verleihen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einfluss: Zugang zu Kapital, Kontrolle über Konzerne, Medienmacht und internationale Netzwerke. Doch sie sind nicht identisch mit frei verfügbarem Bargeld.

Gerade deshalb bewegt sich die öffentliche Debatte häufig zwischen zwei Verzerrungen. Die eine Seite unterschätzt die reale Macht extremer Vermögenskonzentration. Die andere Seite verwandelt Buchwerte in eine moralische Anklageschrift gegen den Kapitalismus insgesamt.

## Zahlen als politische Waffen

Die Formel von den «42 Prozent des BIP» ist letztlich weniger eine ökonomische Kennzahl als ein rhetorisches Instrument. Sie verdichtet komplexe Entwicklungen zu einer eingängigen Botschaft. In Zeiten wachsender sozialer Unsicherheit funktioniert das hervorragend.

Denn moderne Demokratien leben zunehmend von symbolischen Zahlen. Schuldenquoten, Defizitgrenzen, CO<sub>2</sub>-Ziele oder Milliardärsrankings strukturieren politische Wahrnehmung oft stärker als die dahinterliegenden Zusammenhänge.

Die eigentliche Herausforderung besteht daher nicht darin, solche Zahlen zu verbieten oder moralisch zu denunzieren. Entscheidend ist vielmehr, ihre Aussagekraft präzise einzuordnen.

Ja, die Vermögen der französischen Superreichen sind historisch stark gewachsen. Ja, die Konzentration wirtschaftlicher Macht wirft legitime politische Fragen auf. Aber nein: Daraus folgt nicht automatisch, dass einige hundert Familien «42 Prozent Frankreichs besitzen».

Zwischen mathematischer Wahrheit und politischer Suggestion liegt bisweilen nur ein



schmaler Grat.

Andreas M. Brucker